

# Nach dem Entlastungsstreit wartet der AKW-Konflikt auf die Ampel

Stand: 02.09.2022 | Lesedauer: 3 Minuten

Von **Claus Christian Malzahn, Nikolaus Doll, Thorsten Jungholt**



Quelle: Sean Gallup/Getty Images; Montage: Infografik WELT

Am Samstag wollen die Ampel-Spitzen im Koalitionsausschuss das nächste Entlastungspaket finalisieren. Dabei drängt die Frage, wie teuer es werden darf – der Finanzminister und die Grünen liegen weit auseinander. Und danach muss bald eine Lösung im Streit über Atomkraft her.

Die Bundesregierung drückt bei der Verabschiedung von Hilfsmaßnahmen aufs Tempo. Für diesen Samstag wurde kurzfristig ein Koalitionsausschuss in Berlin angesetzt, um offene Fragen zu klären.

Bei ihrer Klausurtagung in Meseberg hatten die Kabinettsmitglieder bereits einige Entscheidungen vorbesprochen, in groben Zügen steht das dritte Hilfspaket. Die entscheidende Frage ist nun: Wie teuer darf es werden?

Die Anwesenheit von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bei dem Treffen der Partei-, Regierungs- und Fraktionsspitzen ist deshalb unerlässlich. Der Liberale musste eine geplante Reise nach Israel um einen Tag verschieben. Am Mittwoch hatte der Minister davon

gesprochen, dass für die Hilfsmaßnahmen in diesem Jahr zumindest noch ein „einstelliger Milliardenbetrag“ zur Verfügung stehe.

Wird das reichen? Denn das Paket soll „wuchtig“ werden, wie Lindner selbst sagt (#).

## **Was schon mal feststeht**

Einigkeit herrscht bereits darüber, dass das Wohngeld erhöht und Hartz IV ab Januar 2023 in ein höheres Bürgergeld verwandelt werden sollen. Aber die Wunschliste ist deutlich länger. Jede der drei Ampel-Parteien hat besondere Projekte ins Auge gefasst.

Die FDP dringt auf den Abbau der kalten Progression im Steuertarif, für die Liberalen unabdingbare Voraussetzung für alles andere. Die Grünen wollen vor allem ein Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets durchsetzen, riefen zuletzt aber auch nach Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen.

Für die SPD hat höchste Priorität, das Paket sehr schnell unter Dach und Fach zu bringen ([/politik/deutschland/article240806571/Rolf-Muetzenich-will-Klarheit-ueber-Entlastungspaket-bis-Ende-der-Woche.html](#)). Inhaltlich geht es der Kanzlerpartei darum, einen Strom- und Gaspreisdeckel einzuführen und den Bürgern mit direkten Einmalzahlungen zu helfen – technisch ist das allerdings derzeit nicht möglich. „Wir fordern den Finanzminister daher auf, noch in diesem Jahr die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Bund den Bürger direkt Geld überweisen kann ohne den Umweg über die Lohn- und Gehaltsabrechnung“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Detlef Müller **WELT AM SONNTAG**.

Für Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge ist indes klar, dass die Ausgaben „mit Sicherheit nicht im einstelligen Bereich“ liegen werden. So sieht das auch SPD-Politiker Müller: „Der vom Finanzminister genannte einstellige Milliardenbetrag ist zu gering, um das wuchtige Paket zu sein, das er angekündigt hat und das auch nötig ist.“

Die bisherigen Entlastungspakete, die unter anderem der Tankrabatt, eine Energiepreispauschale und das 9-Euro-Ticket ([/wirtschaft/plus240660371/Mobilitaet-9-Euro-Ticket-als-echte-Alternative-14-Millionen-Deutsche-sind-auf-das-Auto-angewiesen.html](#)) enthielten, hatten ein Gesamtvolumen von rund 30 Milliarden. Soll ein

drittes Paket ähnliche Dimensionen erreichen, könnte ein Teil der Ausgaben ins nächste Jahr reichen. Bei der Finanzierung könnte indes helfen, wenn, wie von Ökonomen erwartet, nicht nur im ersten, sondern auch im zweiten Halbjahr die Steuereinnahmen höher als erwartet ausfallen werden.

Im Koalitionsausschuss wird weniger über das Was, sondern vor allem über das Wie verhandelt werden. Das Ziel ist jedenfalls, dass die Ampel-Spitzen noch an diesem Wochenende das Paket vorlegen. Am Montag soll es dann schon eine Kabinettsvorlage geben, danach könnte sich der Bundestag damit befassen. Spätestens Ende September will die Regierung einen Katalog präsentieren, mit dem dann buchstäblich gerechnet werden kann.

## Der offene Atomstreit

Wenn das Hilfspaket geschnürt ist, harrt aber noch ein weiterer Konflikt der Lösung. Die Liberalen machen Druck, die Laufzeiten der drei noch aktiven Atomkraftwerke angesichts der Energiekrise zu verlängern (/wirtschaft/article240815871/AKW-Stresstest-Zwei-deutsche-Atomkraftwerke-koennten-am-Netz-bleiben.html) – und dafür auch neue Brennstäbe zu beschaffen. Die Grünen stemmen sich dagegen. Ihre Schmerzgrenze: Das AKW Isar 2 darf wegen vorhandener Brennstäbe länger laufen, die anderen nicht.

Auch die SPD will allenfalls den Streckbetrieb ohne neue Brennstäbe zulassen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte einen Stresstest beauftragt (/wirtschaft/article240815871/AKW-Stresstest-Zwei-deutsche-Atomkraftwerke-koennten-am-Netz-bleiben.html); die FDP wird sich im Koalitionsausschuss eindringlich nach dem Ergebnis erkundigen.

Bei den Liberalen hält man es für „irre“, angesichts der Strompreise vorhandene Kapazitäten vom Netz zu nehmen. Weiteres Nachgeben, so fürchten die Grünen, würde die eigene Anhängerschaft empören.

**„Machtwechsel“ ist der WELT-Podcast mit Dagmar Rosenfeld und Robin Alexander. Jeden Mittwoch. Abonnieren unter anderem bei Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/machtwechsel/id1568123217>), Spotify (<https://open.spotify.com/episode/1uzEKANjugj2sQnCqIeX22?si=076733f1809c4bc5&nd=1>), Amazon Music (<https://music.amazon.de/podcasts/2d5c6645-e2e3-468e-9b82->**

7f639513cafe/Machtwechsel), Deezer (<https://www.deezer.com/us/show/2653882>) oder per RSS-Feed (<https://machtwechsel.podigee.io/>).

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240829627>